

# Bodo Zeuner

## Parlamentarisierung der Grünen

### I. Der politische Aktivitätsrückgang der neuen sozialen Bewegungen

Ob man die Grünen<sup>1</sup> nun »movimentalistisch« als »Bewegungspartei« versteht oder in ihrer »Autonomie« gegenüber den Bewegungen ihre Chance sieht (Bolaffi/Kallscheuer 1983: 92, 94) — ohne politisch aktive soziale Bewegungen fehlt den Grünen als Partei eine Existenzgrundlage.

Die Grünen sind entstanden als Ergebnis der Erkenntnis von Grenzen außerparlamentarischer und nur auf je einen Punkt gerichteter Mobilisierung vor allem der Anti-AKW- und Ökologiebewegung; sie haben Wahlerfolge errungen, weil sie sich in der Parteienkonkurrenz als authentischster Ausdruck von Ökologie- und Friedensbewegung, von Jugendprotest und auch von Frauenbewegung profilieren konnten. Sie haben ihr ursprüngliches Selbstverständnis (»Standbein/Spielbein«) und ihre Organisationsstruktur (Offenheit der »Listen« für Bewegungs-Repräsentanten als Nicht-Partei-Mitglieder, »Basisdemokratie«, Service-Funktion für Bewegungen) auf die politische Repräsentation von außerparlamentarischen Impulsen ausgerichtet.

Der gegenwärtige Rückgang der politischen Aktivität der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik mußte deshalb die Grünen in eine Strukturkrise stürzen. Welchen Anteil an dieser Krise die gleichzeitig vollzogene »Parlamentarisierung« der Grünen hat, (oder auch ob diese Parlamentarisierung auf eine Lösung verweist) kann erst beurteilt werden, wenn die Ursachen des Bewegungsrückgangs untersucht worden sind. Dabei ist zu prüfen, ob die Politik der Grünen selber eine dieser Ursachen ist (Teil I.). Anschließend werden die Folgen des Rückgangs für die grüne Partei genauer beschrieben (Teil II.). Dann folgen Befunde zu den verschiedenen Aspekten der Parlamentarisierung (Teil III.) und schließlich Kommentare zu aktuellen Strategieentwürfen (Teil IV.).

### I. Der politische Aktivitätsrückgang der neuen sozialen Bewegungen

Bei aller berechtigter Kritik an inflationärer und uneinheitlicher Verwendung des Begriffs »neue soziale Bewegungen« (am deutlichsten die Kritik von Stöss 1984) bestehen zwischen Ökologie-/Anti-AKW-Bewegung, Friedensbewegung, Frauenbewegung, Jugendprotest und Alternativprojektbewegung nicht nur hinreichende Gemeinsamkeiten, um an einem gemeinsamen Begriff festzuhalten; es gibt mittlerweile auch anspruchsvolle und anregende gesellschaftstheoretische Entwürfe, etwa Habermas' System/Lebenswelt-Konzept oder das Fordismus/Nach-Fordismus-Konzept (Habermas 1981, Hirsch/Roth 1980 und Esser/Hirsch 1984), die den Aufschwung dieser Bewegungen in der Bundesrepublik der 70er Jahre zu erklären und ihre Qualifizierung als »neu« zu begründen versuchen. Die herrschende Begriffskonfusion macht es indessen zum Gebot, vorab zu umreißen, was hier gemeint ist:

Die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik sind hinsichtlich ihrer expliziten oder impliziten Zielrichtung gekennzeichnet durch Protest gegen die Logik der auf den Steuerungsmitteln Macht und Geld basierenden politisch-administrativen und ökonomischen Systeme; durch Bestehen auf personalen, kommunikativen und auf Lebensqualität zielenden Bedürfnissen; durch die Abwendung von der Hoffnung auf den Fortschritt der Produktivkräfte; durch das Einklagen und die Radikalisierung von Demokratiepostulaten. Hinsichtlich ihrer Organisations- und Aktionsformen zeichnen sie sich aus durch dezentrale und antihierarchische Verhaltensnormen, versuchte Vernetzung statt Vereinheitlichung, anlaßgebundene und auch unkonventionelle, partiell regelverletzende Nutzung von Publizität und Einflußmitteln. Als Bewegungen sind sie an keine bestimmte Organisationsform gebunden, wohl aber auf Weiterentwicklung angewiesen. Der Dezentralität, Anlaßgebundenheit und Subjektorientierung entspricht eine Heterogenität der Einzelbewegungen und ihrer Teile<sup>2</sup>. Die sich über Patriarchatskritik definierende Frauenbewegung etwa wird hinsichtlich dieses Zentralpunktes von den hier genannten Gemeinsamkeiten nicht erfaßt — gleichwohl findet auch diese Bewegung in den anderen neuen sozialen Bewegungen vielfache Einflußfelder, Vernetzungspunkte und Bündnispartner.

Einen erheblichen Anteil an der begrifflichen Konfusion hat die Übung, von *sozialen* Bewegungen gerade dann zu sprechen, wenn *politische* Bewegungen oder doch deren *politische* Wirkungen gemeint sind. Dem liegt das — von den Bewegungen selber ausgedrückte — Bedürfnis nach einem nicht institutionalistisch verengten Politikbegriff (»Das Private ist politisch«) zugrunde. Freilich hilft es nichts, den Politikbegriff ozeanisch aufzulösen. Mit Stöss will ich daran festhalten, von einer politischen Wirkung der neuen sozialen Bewegungen erst dann zu sprechen, »wenn der Zusammenhang zwischen individueller und gesellschaftlicher Veränderungsperspektive tatsächlich hergestellt« (Stöss 1984; 555) wird, wenigstens der Intention nach. Indessen gibt es keinen Grund, den Bewegungen mit dem Hinweis auf das Fehlen eines solchen Zusammenhangs auch das Attribut »sozial« abzusprechen (Stöss 1984; 557). Zur Entwirrung könnte hier das von Habermas im Anschluß an Offe vorgeschlagene Modell der einander überlappenden »drei Arenen« beitragen:

Die erste ist die der politischen Entscheidungen im Staatsapparat, in der zweiten verhandeln und kämpfen kollektive Akteure um soziale Macht und Zugang zu Produktions- und Kommunikationsmitteln, in der dritten bestimmen Kommunikationsströme und Realitätsdefinitionen über politische Kultur und kulturelle Hegemonie (Habermas 1985; 159). Es ist nach diesem Modell möglich, daß soziale Bewegungen in der dritten Arena verharren oder auf diese zurückgeworfen werden. Sie wären dann politikrelevant, ohne eine gesellschaftliche Veränderungsperspektive selber und direkt in die Arenen sozio-ökonomischer oder politisch-administrativer Strukturentscheidungen hineinzutragen. Das Arenenmodell erlaubt es auch, die neuen sozialen Bewegungen nach Schwerpunkten ihrer Zielrichtung zu differenzieren: Die Friedensbewegung etwa zielte explizit und vorrangig auf eine politische Entscheidung in der ersten Arena, die Frauenbewegung hat ihren Schwerpunkt in der dritten Arena, mit starken Einflußnahmen und Wirkungen in den anderen Arenen.

Auch wenn empirische Daten zur zahlenmäßigen Stärke der neuen sozialen Bewegungen kaum je in wünschenswertem Umfange vorlagen (Stöss 1984; 549), ist der Rückgang der politischen Aktivität seit 1983 evident:

- Die Friedensbewegung büßte ihre Fähigkeit zur Massenmobilisierung nach der gegen sie beschlossenen Raketenstationierung weitgehend ein,
- die Ökologiebewegung einschließlich der Anti-AKW-Bewegung verlagerte ihre Aktivi-

täten auf dezentrale, punktuelle und weitgehend professionalisierte Interventionen; kampagnenfähig scheint sie derzeit auch wegen parteipolitisch bedingter Spaltung im Bundesdachverband BBU nur noch begrenzt zu sein;

- Jugendprotest und Hausbesetzerbewegung sind auf Grund einer Spaltungs- und Integrations-/Repressionsstrategie des politisch-administrativen Systems weitgehend oder ganz aufgelöst worden, ohne daß die Verallgemeinerung zu einer breiteren Bewegung, etwa der Wohnungssuchenden und Mieter, gelungen wäre;
- die Alternativprojektbewegung institutionalisiert sich marktentsprechend dezentral, d.h. auch in gegeneinander konkurrierenden Projekten. Impulse gehen von ihr derzeit weder in Richtung auf das Vorantreiben dualwirtschaftlicher Modelle, noch in Richtung auf Arbeitslosenorganisation aus.

Lediglich in der Frauenbewegung, in der auch die eigene Krise diskutiert wird, werden noch Projekte einer Repolitisierung entworfen (Haug/Hauser 1984 und Kempf 1984). Etwa gleichzeitig zeigen sich in allen neuen sozialen Bewegungen Tendenzen der Professionalisierung und dezentralen Institutionalisierung in Form von Verband, Verein und Projekt. Die angezielten netzartigen Verknüpfungen nehmen ab oder sind ihrerseits professionalisiert. Die Fähigkeit zu Massendemonstrationen, zur Expansion der Anhängerschaft und zur Organisation von unkonventionell-symbolischem Protest von Betroffenen scheint deutlich zurückgegangen zu sein. Der Versuch programmatisch-ideologischer Verallgemeinerung der je punktuellen Protestbewegungen wird kaum noch unternommen; Diskurse darüber haben kaum einen Ort. Wo nicht Rückzug ins Private stattfindet (etwa in Teilen der Alternativprojekt- und der Frauenbewegung), tendieren Diskussionen über den politischen Anspruch eher zu einer klientelistischen Forderungspolitik als zu einer strukturbezogenen Offensive gegenüber dem politisch-administrativen oder dem ökonomischen System. (Auch hierzu gibt es in der Frauenbewegung Ausnahmen.)

Unrealistisch scheint die Annahme, das Bewegungspotential wirke *insgesamt* politisch weiter und habe nur weniger spektakuläre Formen angenommen (so etwa Trampert 1985; 271). Vielmehr muß ein deutlicher Rückgang von Unterstützern und Basisaktiven angenommen werden. Erklärungen für diese Befunde können hier nur ohne empirische Absicherung versucht werden. Sie sind notwendig, um die Hypothese, beim Rückgang der politischen Aktivität der neuen sozialen Bewegungen handle es sich um eine Folge der parlamentarischen Präsenz und Strategie der Grünen (»parlamentarische Entwarnungseffekte«, Jänicke 1982), einzuordnen.

Die nächstliegende Erklärung hat mit der Eigendynamik von sozialen Bewegungen zu tun: »Die Bewegung muß... in Bewegung gehalten werden; ein Stillstand wäre das Ende der Bewegung.« (Rammstedt 1977, S. 448). Der Expansion aber sind systemische Grenzen gesetzt; kann eine Bewegung sie nicht sprengen, fällt sie zurück. Die für solche Prozesse gängigen Natur-Metaphern (»Abebben«, »Abflauen«) drohen indessen zu täuschen: Es handelt sich nicht um naturgesetzähnliche Zwänge. Bewegungs-Akteure sind immerhin zu bewußter Antizipation von Hindernissen und zu gemeinsamen Lernprozessen und Strategiewechseln fähig, dies auch nach Rückschlägen. Rammstedts Fortschritt-oder-Exitus-Alternative stellt sich deshalb nicht zwangsläufig auf jeder Stufe (Rammstedt 1977, S. 454 ff.). Die Eigendynamik der Bewegungs-System-Konfrontation erklärt auch nicht, warum die politische Aktivität aller neuen sozialen Bewegungen zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Bundesrepublik abnimmt. Dazu bedarf es vielmehr eines Blicks auf die politisch-ökonomische und kulturelle Situation in der Bundesrepublik seit 1982/83.

*Zunächst* haben in der BRD zugleich mit der politischen Wende 1982/83 und dem Anhalten von Massenarbeitslosigkeit trotz Konjunkturaufschwungs die Themen der alltäglichen Existenzsicherung, vor allem Einkommens- und Arbeitsplatzsicherung, gegenüber den Themen einer »postmaterialistischen« und »neuen« Politik an Gewicht gewonnen. Die Wahl von 1983 selber war schon ein Ausdruck davon: Demoskopische Mehrheiten traten gegen die Rüstungspolitik der Schmidt-SPD und der Kohl-Regierung auf, Wählermehrheiten orientieren sich aber an der erwarteten höheren wirtschaftspolitischen Kompetenz der Konservativen. Nachdem die schon nach 1975 deutliche Entkopplung von ökonomischem Wachstum und Beschäftigung/Arbeitslosigkeit gerade nach der Wende sehr viel klarer sichtbar geworden war, fiel das Kompetenzvertrauen zur Beseitigung oder Milderung der Arbeitslosigkeit tendenziell wieder an die Sozialdemokraten zurück. Das Hauptproblem ist vermutlich nicht, daß die neuen sozialen Bewegungen oder die Grünen als deren parlamentarische Repräsentanz auf diesen Gebieten keine Vorstellungen und Konzeptionen anzubieten hätten<sup>3</sup>, sondern daß Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der materiell-monetären Existenzsicherung und des Schutzes der Arbeitskraft eben von vornherein keine motivierenden *Themen* der neuen sozialen Bewegungen gewesen waren. Eine Motivation zum Protest gegen alltägliche Frauenunterdrückung oder gegen Umweltzerstörung, gegen die Gefahren des Wettrüstens oder der Plutoniumwirtschaft, gegen den Überwachungsstaat oder gegen die Verweigerung von Selbstbestimmung in Arbeit und Freizeit ließ sich nicht oder nur teilweise übertragen auf die durch die Zwangsläufigkeiten kapitalistischer Akkumulation und der Weltmarktbindung der westdeutschen Wirtschaft nunmehr zu neuer Brisanz gekommenen »alten« Probleme von verschärfter Ausbeutung, industrieller Reservearmee, Sozialleistungsabbau, Reallohnverlust und Zunahme der Armut. Es gibt keine Arbeitslosen- oder Armen-Bewegung im Netz der neuen sozialen Bewegungen; und es gab für den gewerkschaftlichen Kampf um Wochenarbeitszeitverkürzung 1984 trotz programmatischer Gleichgerichtetheit mit Impulsen aus den neuen sozialen Bewegungen nur wenig praktische Unterstützung aus deren Potential.

Lediglich Teile der Frauenbewegung scheinen derzeit konzeptionell wie praktisch in der Lage zu sein, die neu-alten Themen der materiellen Existenzsicherung aufzunehmen; freilich weil gerade sie durch die Rückverweisung der mobilen Arbeitsmarktreserve Frau in die familiäre Isolation in besonderer Weise von Auszehrung bedroht wird.

Diese Auszehrung betrifft aber auch die anderen Bewegungen, seien es die Alternativprojekte, die sich in der Konkurrenz um Marktchancen und Staatsknete gegen andere Alternativprojekte behaupten müssen, seien es örtliche Friedensinitiativen, die nur noch von wenigen Unentwegten getragen werden, weil die früher Aktiven sich jetzt zur materiellen Existenzsicherung auf Beruf und Haushalt konzentrieren.

Kurz gesagt: Die für zweitrangig erklärten Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung einschließlich des Klassen Gegensatzes erweisen sich real und im Bewußtsein der Betroffenen als politikrelevanter, als viele es im »postmaterialistischen« Überschwang geglaubt hatten. Daß es dennoch keine neue Protestbewegung der von der Kapitalverwertung negativ Betroffenen gibt, ist kein Grund, nun erst recht zum fröhlichen Durchmarsch gegen »Ökonomismus«, »überholte Links-Rechts-Gegensätze«, »Traditionalismus« etc. zu blasen.

*Zweitens* kommt zu dem zunächst ökonomisch bedingten Relevanzgewinn des Themas »materielle Existenzsicherung« die neue politische Konstellation seit 1982/83. Der konservativen Regierung bzw. den sie tragenden meinungsprägenden Kräften gelingt immerhin eine mehrheitsfähige ideologische Interpretation der ökonomischen Krise im Sinne von »mehr Markt« und »mehr Leistung«. Sie knüpft dabei an Verdrängungen von Existenzängsten bei den Lohn-

arbeitern an (s. Zoll 1984), selbstverständlich auch an von der zuvor regierenden SPD-Technokratie bestärkte Entsolidarisierungstendenzen (vgl. Zeuner 1977).

Die so ideologisch fundierte Gesellschaftsspaltung wird von der Wende-Regierung auch real durch Sozial-, Steuer- und Arbeitspolitik gefördert. Peter Glotz hat das zutreffend »Zweidrittelgesellschaft« genannt. Neue soziale Bewegungen und Grüne sollten sich aber nicht mit dem Nachweis begnügen, daß die SPD für die Vertretung des ausgegrenzten Drittels so geeignet ist wie ein Tanker zum Naturschutz. Denn auch sie selber sind keineswegs eine Vertretung nur der ausgegrenzten Minderheiten oder auch aller Minderheiten.

Soziologisch setzen sich die neuen sozialen Bewegungen (und die Wähler der Grünen) größtenteils aus relativ jungen Menschen mit relativ hohem Bildungsstand mit dem Schwerpunkt der Beschäftigung oder der Hoffnung auf Beschäftigung im Humandienstleistungsbereich zusammen. Jugendliche und Akademiker sind nach Bürklin »die derzeit im Prozeß der gesellschaftspolitischen Interessenvermittlung *am stärksten in ihren Zukunftserwartungen deprivierte Gruppen*« (Bürklin 1984a; 201). Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen — die Bürklin mit den Anhängern der Grünen gleichsetzt (Bürklin 1984b) — repräsentieren eine Konkurrenzelite, die bei Verbesserung ihrer materiellen Lage prinzipiell integrierbar zu sein scheint.

Ob eine solche Abspeisung vom ökonomischen und politischen Handlungsspielraum der herrschenden Eliten her möglich ist, wird von Bürklin skeptisch beurteilt (Bürklin 1984a; 204 ff.). Für unseren Zusammenhang genügen die Tatsachen, daß die neuen sozialen Bewegungen nur den besser ausgebildeten Teil der Deprivierten repräsentieren und daß aus der Position der um seine Chance gebrachten *und deshalb* neue politische Ideologien artikulierenden Konkurrenz-Elite immer individuelle und Gruppen-Übergänge in eine sich auch nur partiell öffnende herrschende Elite wahrscheinlich sind.

Das heißt, daß eine neokonservative Politik der Gesellschaftsspaltung durchaus Chancen hat, auch die neuen sozialen Bewegungen zu spalten. Ideologisch bestehen womöglich ausbaufähige Gemeinsamkeiten in der Bürokratie- und Staatskritik, real lassen sich über Mittel- und Stellenvergabe des Staates Spaltungslinien innerhalb und zwischen Teilen der neuen sozialen Bewegungen fast nach Belieben kreieren, verstärken und verschieben.

Dafür ein aktuelles Beispiel aus dem Hochschulbereich: CDU-Regierungen setzen zunehmend Altersbeschränkungen für die Besetzung von Assistenten- und Professorenstellen durch: Nicht mehr als vier Jahre sollen nach dem im Juli 1985 neu eingefügten § 57b, Abs. 6 des Hochschulrahmengesetzes zwischen dem Studienabschluß und der ersten Assistentenstelle liegen; in Berlin dürfen Hochschulassistenten nur in Ausnahmefällen älter als 35 Jahre sein etc.. Das ist einerseits eine brutale Emarginierung der Opfer des verstopften Wissenschaftler-Arbeitsmarkts, zudem eine besondere Diskriminierung von Müttern, Absolventen des Zweiten Bildungsweges und Menschen, die sich auch außerhalb der Hochschullaufbahnen umgetan haben. Es ist andererseits ein Angebot an sonst zu vollständiger Chancenlosigkeit verdamnte Jüngere, das sich zugleich noch mit »Blutaufrischungs-«, »Verkalkungsabwehr-« und »Rotations-« Parolen begründen läßt.

*Drittens* gewinnt die SPD als bundespolitische Opposition ihre Integrationsfähigkeit gegenüber großen Teilen der neuen sozialen Bewegungen zurück. In bezug auf Arbeits- und Einkommenssicherung verspricht sie ohnehin traditionell die »machbaren« sozialpolitischen Lösungen. Sozialdemokratische Programme der Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen nach dem Muster der Brandtschen Reformpolitik können den materiellen Interessen der deprivierten Gegen-Eliten entgegenkommen. Programmatische Veränderungen in der Umwelt-, Frauen- und Friedenspolitik machen die SPD für nicht über diese Themen systemop-

positionell radikalisierte Anhänger der neuen sozialen Bewegungen wieder attraktiv. Die Institutionalisierung von Bewegungen erlaubt in Koordinations- und Dachverbandsghremien eine kanalisierende sozialdemokratische Fraktionspolitik. Für die Anhänger der Friedensbewegung wurde schon 1982 ermittelt, daß unter ihnen mehr SPD- als Grün-Wähler waren (Müller-Rommel/Watts 1984, 605).

*Viertens:* Die neuen sozialen Bewegungen waren für ihre Aktivierung auf konkrete, Betroffenheit erzeugende Anlässe angewiesen. Das gilt am meisten für die aus Protesten gegen Großprojekte und Atomkraftwerke entstandene Ökologie-Bewegung, am wenigsten für die Frauenbewegung. Das Entstehen derart mobilisierender Anlässe (oder wenigstens die Information darüber) zu steuern, liegt partiell in der Macht politisch-administrativer Planer. Diese haben gelernt, Protest zu antizipieren, zu zerstückeln oder auch auf einzelne Großprojekte zu verzichten. Das ist auch ein Erfolg der Bürgerinitiativen, aber es läßt für die Zukunft eine geringere Energiezufuhr der neuen Bewegungen aus Betroffenen-Protesten erwarten.

*Fünftens:* Die Bündelung der politischen Aktivitäten aller neuen sozialen Bewegungen in einem auf eine Einzelentscheidung in der politischen Arena zielenden Massenprotest gegen die Raketenstationierung erwies sich als fatal.

»Die Friedensbewegung hat nun über zwei Jahre mit bewundernswerter Vehemenz und Phantasie gegen die 'Nach'-Rüstung gekämpft, so daß zu befürchten ist, daß im Falle der Stationierung der große 'Frust', die Resignation, der Rückzug ins Private ausbrechen wird.«

schrrieben Ulrich Albrecht, Johan Galtung, Michael Gumbert und Reimar Stuckenbrock im November 1983 (Albrecht u.a. 1983; 8).

Und so geschah es. Gewiß bestehen weiterhin Friedensinitiativen, finden Aktionen statt, wird die militär- und rüstungspolitische Diskussion der Linken fortgeführt, ist der erreichte Kenntnisstand der Bewegungsanhänger nicht zurückzudrehen, ändern sich Mehrheiten auf SPD-Parteitagern. Jedoch die vorantreibende Energie, die diese Wirkungen hervorgebracht hat, ist verpufft. Die auch noch mit apokalyptischen Visionen aufgeladene Konzentration der Bewegung auf den einen Punkt machte das Mißerfolgserebnis für die meisten der Bewegungsanhänger politisch unverarbeitbar, ganz ähnlich der APO nach dem Scheitern ihrer Aktionen gegen die Notstandsgesetze 1968. Die dem Kohl-Kabinett auf den Leib geschriebene Strategie des Ignorierens und Aussitzens — kein Nachgeben in der Sache und keine zusätzlichen Protest erregende Repression gegen die Bewegung — erwies sich als optimal.

*Sechstens* ist die Rolle der Parlamentsbeteiligung der Grünen für den Rückgang politischer Aktivität der neuen sozialen Bewegungen zu prüfen. Prognostiziert wurden den Bewegungen ja vor dem Aufbruch der Grünen in die Parlamente ein Kapazitätsentzug von Aktiven, interne parteipolitische Spaltungen, verfrühter Generalisierungszwang und allgemein eine desaktivierende Steigerung von Illusionen in das Parlament (vgl. Roth 1980). Diesen Prognosen war von den Grünen mit dem Versprechen begegnet worden, durch Parlamentsbeteiligung die Wirkungschancen der Bewegungen zu erhöhen: Besserer Zugang zur Medienöffentlichkeit und zu anders nicht erhältlichen Informationen, Mobilisierungs- und Ermutigungsanstöße durch grüne Sprachrohr-Aktionen im Parlament, auch Schutz und Förderung für Initiativen und Projekte. Nur zu einigen Aspekten dieser Frage liefert die Empirie Indizien.<sup>4</sup>

Die Frage nach den »Entwarnungseffekten«, also ob Aktive oder potentiell Aktive des außerparlamentarischen Kampfes durch Erwartungen in parlamentarische Stellvertreterpolitik der Grünen entmobilisiert worden sind, entzieht sich empirischer Überprüfung schon deshalb, weil Aktive in den neuen sozialen Bewegungen (oder gar potentielle Aktive) mit Befragungsmethoden kaum erreichbar oder identifizierbar sind.

Einschätzungsfragen die wir und andere<sup>5</sup> grünen Parlamentariern dazu gestellt haben, ergaben eine Übereinstimmung aller Richtungen darin, daß für das Abebben der Bewegungen deren eigene Dynamik, nicht aber die grüne Parlamentsbeteiligung entscheidend sei (Frankland 1985; 33). Einzelnen Parlamentarier-Statements, daß Bürgerinitiativen zu stark auf eine grüne Stellvertreterrolle fixiert seien, stehen Aussagen gegenüber, die von einer Aktivierung einzelner Basis-Initiativen durch die grüne Parlamentsarbeit berichten. Im innergrünen Richtungsstreit zwischen »Fundis« und »Realos« wird auch von den ersteren nur selten der Vorwurf erhoben, daß die Aktivität der Parlamentsfraktionen zu einer Schwächung der Bewegungen geführt habe.

Die Prognose des Kapazitätsentzugs der Bewegungen durch Parlamentsarbeit kann schon quantitativ widerlegt werden: Die Zahl derer, die sich aus Bewegungsaktivitäten ins Privat- oder Berufsleben zurückzogen, ist mit Sicherheit weitaus größer als die Zahl derjenigen, die durch Übernahme eines parlamentarischen Mandats oder einer parlamentarischen Assistentenstelle für außerparlamentarische Aktivitäten ausfielen. Test für die These vom Kapazitätsentzug ist die grüne Parteiorganisation selber: Würde sie sich zurichten auf die Bedürfnisse der Parlamentsarbeit, dann wäre in der Tat eine personelle Schwächung des außerparlamentarisch aktiven Potentials wahrscheinlich. Indessen gibt es für eine solche Parlaments-Zurichtung der Organisationsarbeit kaum empirische Anhaltspunkte (s. Teil III).

Die positiven Funktionen für die neuen sozialen Bewegungen sind von den grünen Parlamentariern nach deren Selbsteinschätzung — auch hier gibt es Übereinstimmungen trotz Richtungsgrenzen — durchaus erfüllt worden: Die Abgeordneten waren Sprachrohr, haben Informationen nach »unten« weitergegeben, haben ihr Amtsprestige in außerparlamentarischen Aktionen eingesetzt etc.

Per saldo also scheint die Parlamentstätigkeit der Grünen für den Aktivitätsrückgang der neuen sozialen Bewegungen keine verursachende Rolle gespielt zu haben, sieht man von der empirisch nicht direkt zu beantwortenden Frage nach der Erhöhung eines generellen politischen Stellvertreterbewußtseins ab. Umgekehrt freilich gibt es empirische Indizien dafür, daß der Rückgang der Bewegungen seit 1983 und ihre klientelistische Institutionalisierung die Macht- und Einfluß-Verhältnisse innerhalb der Grünen in Richtung auf »Realpolitik« und Vorsprung der Parlamentsfraktionen verändert haben.

Vertreter verschiedener Strömungen konstatieren übereinstimmend, daß Bürgerinitiativen, Alternativprojekte, Frauengruppen und andere partiell professionalisierte Teile der neuen sozialen Bewegungen von den Grünen »Realpolitik« (vor allem in Form von Haushaltsmitteln) erwarten, deshalb vor allem die Parlamentsfraktionen ansprechen (und diese in Konflikten mit der innerparteilichen Basis z. T. auch stützen).

Die ursprüngliche Vorstellung, daß die Grünen ihren Charakter als Systemopposition umso eher zu wahren vermögen, je enger sie sich an den außerparlamentarisch aktiven Gruppen orientieren, mußte revidiert werden. Das nach dem Abebben der Bewegungen freigelegte Watt erwies sich als parlamentsfixierter als viele grüne Parlamentarier.

## II. Die Folgen des Bewegungsrückgangs für die Grünen

»Wir aus der Bürgerbewegung leben von der Dynamik« (Bock 1982; 155). Unzählige ähnliche Bekenntnisse finden sich in Selbstinterpretationen der Grünen, gerade auch ihrer Parlamentarier. Gilt also heute qua Umkehrschluß, daß die Grünen nicht weiterleben können?

Was bedeutet der außerparlamentarische Aktivitätsrückgang strukturell und funktional bzw. strategisch für die Grünen? Strukturell waren die Grünen auf Selbstveränderung durch Wachstum ihrer Anhänger und Aktiven, auf permanenten personellen Zustrom aus den Bewegungen, auf Vorläufigkeit und Reversibilität der jeweils gefundenen binnenorganisatorischen Lösungen angelegt. Noch einmal Thea Bock: »Parteien verankern in ihren Statuten Statik, schon steuerrechtlich ist Kontinuität um jeden Preis wichtig.« (1982; 155) Die Grünen bieten das Gegenbild der Dynamik.

Schon früh aber ist der Zustrom von Bewegungs-Aktiven in die Grüne Partei versiegt. Die Mitgliederzahlen nahmen längst nicht parallel mit den Mobilisierungserfolgen etwa der Friedensbewegung zu. Wahlerfolge in Kommunen und Ländern strapazierten die Personaldecke der Partei. Dies war solange relativ unproblematisch, wie Kandidatenlisten durch Aktive und Sprecher von Bewegungen und Initiativen, die nicht Parteimitglieder waren, angereichert werden konnten. Wenn dieser Zufluß von außen sich jetzt aber auf »Bewegungs-Profis« verengt, entsteht in der Tat in der grünen Partei eine halbprofessionalisierte, zwischen den Ämtern rotierende Oligarchie (Fogt 1984, für die AL Berlin: Hoplitschek 1982). Rotation und Ämterhäufungsverbot, sofern an ihnen festgehalten wird, können dann zwar einer internen Hierarchisierung dieser Oligarchie möglicherweise vorbeugen, aber deren faktische Abschottung vom Normalbürger wird die Kluft zwischen dem emphatischen »Basisdemokratie«-Anspruch und der Realität deutlich hervortreten lassen. Hinzu kommt, daß innerhalb des kleinen Kreises der Aktiven der Anteil derer, die *von* der Politik leben, zwangsläufig zur Mehrheitsmarke tendiert — ein Hohn auf das so verbissen verfolgte Bemühen, kein Berufspolitikertum entstehen zu lassen. Mit der nach Rammstedts Konzept bewegungstypischen Identität von Zweck und Motiv politischen Handelns wäre es dann endgültig vorbei. Aufgrund der Sozialstruktur der Aktiven gerade in den eher durch Alternativszenen geprägten Hochburgen der Partei lag die Herausbildung eines Berufspolitikerums schon immer nahe: Der Anteil nicht ins Erwerbsleben Integrierter unter den Grünen ist hier besonders hoch. Weiterhin waren die Strukturen der Grünen viel stärker als die anderer Parteien auf permanente Zufuhr von Informationen und Impulsen aus den sozialen Bewegungen angewiesen. Fach- oder personengruppenbezogene Organisationsteile, als zur aktiven sozialen Basis weit geöffneten Sensoren konzipiert, spielten eine hervorragende Rolle; in der Berliner AL sind sie sogar statuarisch neben den Wohngebietsorganisationen als Basisorganisation anerkannt. Auch diese auf die sozialen Bewegungen zugeschnittenen Organisationsteile sind heute vom Funktionsverlust bedroht. Die Tendenz dazu zeigte sich partiell schon mit dem Einzug in die Landesparlamente: Die grünen Parlamentarier wurden häufig gegenüber den entsprechenden Parteigruppierungen als Ansprechpartner bevorzugt, vor allem, wenn es um konkrete Forderungen nach finanzieller Förderung oder nach Veröffentlichung von Mißständen ging. Je deutlicher Basis- oder Bürgerinitiativen ein klientelistisches, punkt- oder projektgebundenes Selbstverständnis entwickelten, um so eher konzentrierten sie ihre Impulse auf die Parlamentsfraktionen — und hier nicht nur die der Grünen — als auf die Partei.

Schließlich dürfte der Aktivitätsrückgang der Bewegungen bei den Grünen auch dazu führen, daß sie die Vorläufigkeit der von ihnen jeweils gefundenen binnenorganisatorischen Lösungen nicht aufrechterhalten können. Eine Politikform zu finden, die im Zuge der Entwicklung von Bewegungskultur auch Veränderungen der innerparteilichen Strukturen ermöglicht; war das an einzelnen Punkten — etwa Frauenrepräsentation — durchaus erreichte Bestreben vieler Grüner. Es wurde erkauft mit unzähligen, kräftezehrenden Organisations-, Struktur- und Professionalisierungsdebatten.

Auch heute, im Herbst 1985, werden solche Strukturdebatten vielerorts geführt, häufig mit noch höherem Aufwand als zuvor. Aber diese Debatten dürften eher auf dauerhafte Entscheidungen bisher experimentierend offen gehaltener Fragen wie Geschlechterquotierung, Kompetenzzuwachs für Vorstände, Rotation der Parlamentarier, Ausmaß der Professionalisierung etc., denn auf das Eröffnen neuer Experimentierfelder hinauslaufen. Aus den einst so anregend neuen Politikformen der Bewegungen scheint es auf absehbare Zeit nichts Neues mehr zu lernen zu geben.

Der vielleicht wichtigste binnenstrukturelle Effekt des Bewegungsrückgangs liegt darin, daß er mit Wahlerfolgen zusammenfiel und deshalb ein neues Machtgefälle in der Partei herbeiführte: Während die Parlamentsfraktionen, gezwungen zu Kontinuität und Professionalität, ausgestattet mit Zuarbeitern und Medienaufmerksamkeit, ein großes Machtpotential aufbauten, geriet die außerparlamentarische, auf dynamische Austauschbeziehungen mit den Bewegungen angelegte Parteiorganisation weitgehend ins Abseits. Sie erwies sich als kaum imstande, die Politik der Parlamentarier kontinuierlich anzuleiten oder zu kontrollieren oder neben ihnen ein eigenes innerorganisatorisches Machtzentrum aufzubauen, sie erwies sich als weitgehend außerstande, Verknüpfungen, Verallgemeinerungen und Fortentwicklungen von Impulsen der Bewegungen anzuregen oder zu organisieren.

Für die Frage nach einer Neubestimmung der eigenen politischen Funktion und Strategie ergibt sich für die Grünen aus dem außerparlamentarischen Energieverlust eine Reihe von Problemen, die im Zusammenhang der Kontroverse um Realpolitik und Fundamentalopposition allerorten diskutiert werden. Die Protagonisten dieser Diskussion, von denen viele, so die Mehrheit der Bundestagsfraktion (Frankland 1985; 20), eine Einordnung in die Kategorien »Realos« bzw. »Fundis« zurückweisen, sind sich einig darüber, daß eine Verengung der eigenen Aufgabenstellung auf Sprachrohr- und Service-Funktionen für soziale Bewegungen, wie sie ursprünglich angezielt war, keine Zukunft hat, daß vielmehr die Grünen zur »eigenständigen politischen Kraft« werden müßten. Unterschiede ergeben sich dabei nicht nur hinsichtlich der Koalitions-/Tolerierungsfrage, sondern ebenso hinsichtlich programmatischer Schwerpunkte und hinsichtlich des konzipierten Bezugs zur sozialen Basis, wobei neben der bisher hauptsächlich gemeinten Basis der in sozialen Bewegungen Aktiven zunehmend die Wählerbasis in den Vordergrund tritt. Unumstritten ist das Ziel der Grünen, Kontinuität zu gewinnen; umso diffuser und kontroverser ist die Frage, was dabei eigentlich — außer dem Bestand der eigenen Partei — in Kontinuität überführt werden soll. Diejenigen, die auf eine — noch nicht geleistete — Kontinuierung von oppositionellen Impulsen der sozialen Bewegungen zielen, befinden sich in der derzeitigen Situation im Nachteil gegenüber denen, die Kontinuität eher aus Wählereinstellungen und den Reformchancen im politischen System herleiten wollen (s. Teil IV).

### III Parlamentarisierung der Grünen

Erst vor dem hier skizzierten Hintergrund gleichzeitigen Aktivitätsverlustes der sozialen Bewegungen scheint mir die Parlamentarisierung der Grünen analysierbar zu sein, wenn die Gefahr einer isolierten Betrachtung parlamentarischer Integrationsmechanismen vermieden werden soll. Die Grünen selber haben durch strategische und binnenstrukturelle Festlegungen der Wirkung solcher Mechanismen vorzubeugen versucht. Es läßt sich heute ein Überblick über die Realisierung und Adäquanz dieser prophylaktischen Vorkehrungen geben.<sup>6</sup>

Dabei muß zwischen verschiedenen Bedeutungsaspekten von Parlamentarisierung unterschieden werden:

*Verselbständigung der Parlamentarier von ihrer innerparteilichen und sozialen Basis*

Hiergegen wurden, wenn auch nicht überall, die stärksten »Antitoxine« (Narr 1982) eingepflegt: Imperatives Mandat der Parteibasis gegenüber den Parlamentariern, Rotation der Abgeordneten in der Mitte der Legislaturperiode, Diätenabführung über einen Sockelbetrag, z.B. Facharbeiterlohn, hinaus. Hinzu kam überall die mehr oder weniger formalisierte Norm, daß die Parlamentarier in Parteigremien mitzuarbeiten, dort über ihre Tätigkeit zu informieren und Initiativen der inner- und außerparlamentarischen Basis, sofern mit dem Programm vereinbar, ins Parlament zu tragen hätten.

Aus diesen Vorkehrungen spricht die Erkenntnis, daß formale Regeln nicht ausreichen, sondern daß die materielle Basis eines Berufspolitiker-Sonderinteresses gar nicht erst entstehen dürfe.

Untersuchungen der Parlamentstätigkeit ergeben ein differenziertes Bild:

- Das imperative Mandat spielte auch, wo es als formale binnenorganisatorische Regel galt, kaum eine den Alltag prägende Rolle. Häufiger als Konflikte um die Bindung von Abgeordneten an Parteibeschlüsse waren Fälle, in denen die Parlamentarier Mandate oder Anregungen der Parteibasis vergeblich suchten. Eine inhaltlich-strategische Planung der Fraktionsarbeit durch ein Parteigremium gab es nirgends. Das imperative Mandat wirkt allenfalls als Drohung für den Konfliktfall, aber auch dann wegen der verfassungsrechtlichen Verankerung des freien Mandats nur begrenzt. Die Grünen scheinen im allgemeinen bei der disziplinierenden Durchsetzung ihrer rigiden formalen Regel gegenüber Dissidenten noch zurückhaltender zu sein als die anderen Parteien. Der Austritt eines Bundestagsabgeordneten aus der Fraktion und die Nichtbefolgung des Rotationsbeschlusses durch eine andere Bundestagsabgeordnete blieben ohne parteinterne Sanktion.
- Die vollständige Rotation der Fraktionsmitglieder in der Mitte der Wahlperiode wurde in Berlin und Hamburg vollzogen, in Berlin bei der Neuwahl 1985 auch für die nächste Legislaturperiode festgelegt und organisatorisch bei der Kandidatenaufstellung sehr genau vorausgeplant, u.a. durch Berücksichtigung der Geschlechterparität auch für die Nachrückerfraktion.  
Freilich wurde der volkspädagogische Effekt, den sich vor allem die Berliner AL von der Halbzeit-Rotation versprach (»Jeder kann Politik machen«), kaum erreicht; vielmehr wurde die öffentliche Diskussion der Rotationsfrage eher von der Bedeutung bestimmt, die sie in der Kontroverse zwischen Reformisten und Systemoppositionellen erhielt. Die Halbzeitrotation steht einer auf parlamentarische Effizienz, Medienwirkung und Professionalisierung ausgerichteten Perspektive entgegen, während sie umgekehrt den erhofften Beitrag zur Stärkung der außerparlamentarischen Aktivitäten der Partei — etwa durch Rückkehr der durch die Parlamentslehre Gegangenen an die aktive Basis — nicht hat unter Beweis stellen können.
- Der Erwartung, inner- und außerparteiliche Initiativen in den Landtag zu tragen, entsprachen die Parlamentarier weitgehend. Auch hieraus erklärt sich der ihren Mandatsanteil jeweils erheblich überschreitende Anteil der Grünen an parlamentarischen Anfragen, Anträgen und Aktuellen Stunden.<sup>7</sup>

Insgesamt wurden die prophylaktischen Vorkehrungen gegen eine Verselbständigung der Parlamentarier, wo sie fixiert waren, im Großen und Ganzen durchaus befolgt. Dennoch erwiesen sie sich als ungeeignet, eine Machtverschiebung innerhalb der Grünen hin zu den Parlamentsfraktionen zu verhindern.

In den Bundesländern mit grüner Parlamentsvertretung und auf Bundesebene entstand aus dem Vorsprung an Medienzugang und an professionalisierter Assistenz zusammen mit dem auf die Parlamentarier ausgeübten Zwang zur Abdeckung möglichst aller Politikbereiche und zur Auseinandersetzung mit Argumenten der Gegenseite ein Machtpotential der grünen Parlamentarier, dem in der außerparlamentarischen Parteiorganisation kein Gegengewicht zur Seite gestellt wurde (so auch Frankland 1985). Von diesem Machtpotential wurde freilich, je nach politischer Orientierung der Parlamentarier, unterschiedlicher Gebrauch gemacht. Das Widerstandspotential der Partei gegen eine offene Nutzung der Parlamentarier-Macht könnte zur Lahmlegung der Gesamtpartei ausreichen, im derzeitigen Zustand reicht es aber nicht zur Etablierung eines auch nur mit dem Gewicht der entsprechenden SPD-Organen (Parteipräsidium, Parteivorstand, Parteirat etc.) vergleichbaren, kontinuierlich arbeitenden nicht-parlamentarischen Zentrums in der Organisation.

### *Parlamentarisierung als Zurichtung der Gesamtorganisation der Grünen auf die Bedürfnisse der Parlamentspolitik*

Diese von anderen und uns bei Konzipierung unseres Projekts antizipierte Gefahr ist bisher kaum eingetreten. Grüne Parlamentarier, die sich mit der Bitte um Anregung und Zuarbeit an die parteiinterne Basis wandten, stießen eher auf Abwehr. Die Angst, in den eigenen Aktivitäten und beim Einsatz der eigenen Zeit- und Arbeitskapazität zu parlamentsabhängig zu werden, dominierte häufig in der aktiven Mitgliederbasis. Hier trug die strategische Festlegung vom »Primat der außerparlamentarischen Politik« Früchte. Sie war freilich für außerparlamentarische Politik wenig fruchtbar. Die Parteiorganisation war nicht hauptsächlich mit der Parlamentspolitik (und folglich auch nicht mit der Kontrolle und Verhinderung der Verselbständigung der Parlamentarier), sondern mit Organisationsdebatten und langwierigen grundlegenden Klärungsversuchen, etwa zur Friedensfrage oder — in Berlin — zur Gewaltfrage, beschäftigt, die häufig in unverbindliche Formelkompromisse der heterogenen Gruppen und Strömungen oder in Ausklammerungen des Themas mündeten. Auf die sozialen Bewegungen gingen davon selten weiterführende Impulse aus.

Gleichwohl waren diese Tätigkeiten der Parteiorganisation in einem weiteren Sinne wahl- und parlamentsbedingt: Programme wurden notgedrungen immer rechtzeitig zu Wahlen verabschiedet. Programmdiskussionen wurden zwar oft recht früh vor Wahlterminen begonnen, verebbten dann aber, und am Ende wurde unter Termindruck und ohne inhaltliche Diskussion fast jedes Vorbringen einzelner Gruppen aufgenommen. Selten wurde eine Fortentwicklung des Programms unabhängig vom Wahlrhythmus geplant und vollzogen, selten auch waren inhaltliche Initiativen an die Entwicklungsphasen der sozialen Bewegungen so angepaßt, daß sie hätten orientierend wirken können. Es gab auch vor den Wahlen kaum Versuche der Grünen, die eigene Wahlplattform-Diskussion mit Anstößen zum Vorantreiben der Selbstreflexion der sozialen Bewegungen zu verbinden.

Keine der gegenwärtig relevanten grünen Strömungen schließt das Eingehen punktueller Kompromisse aus. Der Zwist zwischen »Realos« und »Fundis« geht um die Möglichkeit struktureller, umfassender, vielleicht gar »historischer« Kompromisse. Solche Kompromisse — mit wenigen Ausnahmen werden sie ausschließlich mit der SPD gedacht — enthalten für die Selbsterhaltung der Grünen folgende Probleme:

1. Es geht um das bewußte Vertreten von Paketgeschäften, von log-rolling, also von Zustimmung der Grünen zu einer in den meisten Punkten so nicht gewollten Regierungspolitik in Form von Tolerierung — hier wird dann mindestens Zustimmung zum Haushalt insgesamt notwendig — oder von Koalition, wo Zustimmung und Außenvertretung der gesamten Regierungspolitik durch die Grünen Bedingung ist.
2. Es besteht die Gefahr des korporativen, die eigene außerparlamentarische Basis einbindenden Kompromisses. Es gehört zu den Elementarstrukturen der herrschenden Politik, daß die Regierenden irgendwelche Koalitionen oder korporative Arrangements nur mit gegenüber ihrer sozialen Basis *verpflichtungsfähigen* Führungsgruppen schließen. Das gilt für Parteikoalitionen ebenso wie für tripartistische Strukturen à la Konzentrierte Aktion. Je verpflichtungsfähiger die Führung gegenüber ihrer Gefolgschaft, umso stärker die Verhandlungsmacht, also die Chance, realpolitisch etwa durchzusetzen. Folglich kämen mitregierende grüne Führungsgruppen unter den Druck, auf ihre außerparlamentarische Basis (in der Partei und in den Bewegungen) mäßigend, wenn nicht repressiv einzuwirken.
3. Andererseits meint die große Mehrheit der grünen Wähler, daß eine Koalition mit der SPD angestrebt werden sollte. Ein Wählerverlust, der sie bundesweit unter 5 % drückt — bei gleichzeitigem Halten der Positionen in szenorientierten universitätsnahen Elektoraten — scheint für den Fall einer Koalitionsverweigerung nicht unrealistisch. Der Wahlforscher Bürklin hält ein politisches Überleben der Grünen von der Entwicklung eines »etabliert-realistischen Expertentums« (Bürklin 1984; 223) für abhängig.

Die zur Frage der Kompromißpolitik vorliegenden Befunde<sup>8</sup> bestätigen für Hessen, Baden-Württemberg und für die Bundesebene eine Tendenz zu Kompromiß- und Kooperations-Orientierungen durch Parlamentstätigkeit bei einem Teil, freilich nicht bei der Mehrheit der grünen Abgeordneten. Wie solche Orientierungen entstehen, hat der Baden-Württemberger Hasenclever, einer der frühesten »Realpolitiker«, einleuchtend beschrieben:

»Es ist leicht, sich auf einer Versammlung ohnehin schon grün und alternativ Gesinnter in Polemik gegen die Atomwirtschaft zu ergehen. Der Beifall des Publikums ist einem da sicher. Wesentlich schwerer ist es, in einem Parlament vor einer überwältigenden Anzahl entgegengesetzt eingestellter Menschen die Gegnerschaft zur Atomenergie sachlich so zu begründen, daß sie zum Nachdenken Anlaß gibt und man nicht argumentativ ins Hintertreffen gerät. Ähnliche Erfahrungen macht man als Abgeordneter beim Gespräch mit Verbänden und Vereinigungen, die zunächst zu den Grünen entgegengesetzte Positionen vertreten. Das können Gewerkschaften sein, die den Vorrang der Ökonomie vor der Ökologie aufgrund der konkreten Arbeitslosigkeit für gegeben halten, dies kann der Bauernverband sein, der von der konkreten Situation und den großen Schwierigkeiten der Landwirte heute ausgeht und sachliche Bedenken gegen die Möglichkeit, in großem Maßstab auf alternativen Landbau umzustellen, geltend macht.« (Hasenclever 1982; 110 f.)

Zwar machen alle grünen Parlamentarier die Erfahrung, auf durch qualifizierte Argumentation zu gewinnendes Ansehen bei etablierten Parteien und Verbänden nicht verzichten zu können (während radikale Basis-Teile sich solchen Verzicht jedenfalls auf Zeit leisten kön-

nen). Nirgends wurde grüne Parlamentstätigkeit auf fundamentalistische Demonstration der Unvereinbarkeit von »Welten« und Kulturen beschränkt.

Dennoch muß diese Parlamentariererfahrung nicht zwangsläufig zu der von Hasenclever beschriebenen Umorientierung auf »Realpolitik« und — mindestens partielle — Überzeugbarkeit des politischen Gegners führen. Ob dies geschieht, hängt ab von anderen Faktoren wie

- Vorab-Einschätzung gesellschaftlicher Interessengegensätze und ihres Ausdrucks im Parlament,

- Vorab-Ausstattung der Parlamentarier mit programmatischer und argumentativer Qualifikation, wozu die Kenntnis von Gegenpositionen selbstverständlich gehört. Hierzu waren gerade die szenenübergreifenden sozialen Bewegungen gute Schulungsstätten.

Aussagen anderer grüner Parlamentarier bezeugen eher das Gegenteil der Hasencleverschen Erfahrung: Verdruß über die sinnliche Bestätigung des schon Gewußten — nämlich daß Parlamente, vor allem das Bonner »Raumschiff«, argumentativ völlig unbeeinflussbare Ratifikations- und Legitimationsmaschinen seien.

Die Neigung zur Kompromißpolitik im hier beschriebenen Sinne ist anscheinend nur unter Vermittlung von vielen anderen Faktoren eine parlamentsinduzierte Größe.

### *Parlamentarisierung als Ausrichtung der Gesamtorganisation auf Stimmenzuwachs*

Das Grüne Ausgangskonzept der Wahl- und Parlamentsbeteiligung hatte den Fall, daß es auf grüne Parlamentarier für die Regierungsbildung ankommen könnte, nicht vorgesehen. Das Eintreten oder auch nur die Möglichkeit einer solchen Situation muß aber die Grünen unausweichlich in die oben genannten Probleme führen. Petra Kellys mit dieser Begründung ausgesprochene Warnung oder Angst vor »über 10 Prozent« ist in sich völlig konsistent.

Stimmenmaximierung, gleichgültig, von wem die Stimmen kommen, muß also nicht selbstverständliches Ziel der Grünen sei. »Qualitatives« statt »quantitatives« Wachstum der Stimmen war in der grünen Ausgangsposition impliziert: Nicht Ausnutzung wahlmotivierender Vorurteile zum Machterwerb, sondern Aufklärung galt als Funktion der Wahlkämpfe und der Öffentlichkeitsarbeit über das Parlament. Die Parlamentsfraktionen haben im Großen und Ganzen auch dementsprechend zu handeln versucht. Das zeigt sich etwa am Testfall des Eintretens für unpopulär oder — wie die Ausländer — nicht einmal wahlberechtigte Minderheiten:

Die Orientierung auf »quantitatives« Wählerwachstum kam nach meinen Beobachtungen eher durch Stimmungen in der Parteiorganisation als durch Einflußnahme der Abgeordneten zustande. Jedenfalls galt in fast allen Bereichen der grünen Partei der Verweis auf »den Wähler« 1985 eher als Argument als 4 Jahre zuvor. Die abstrakte Stimmenzahl — und ihre Relation zu den Erwartungen — war Anlaß für Strategiediskussionen. Am ehesten noch hat die Hamburger GAL diese Abstraktion vermieden. Sie konnte nach dem Stimmenrückgang vom Dezember 1982 von 7,7 % auf 6,8 %, gestützt auf eine Analyse der Forschungsgruppe Wahlen, dennoch einen qualitativen Einbruch in das links-sozialdemokratische Wählerpotential nachweisen.

In Hessen dagegen hat der etwa gleichzeitige Stimmenrückgang von 8,0 % auf 5,9 % die rasche Umorientierung der Mitgliederbasis in Richtung auf Zusammenarbeit mit der SPD sehr befördert. Grüne Basis-Aktive schienen oft besorgter über Wählereintritte als die — durch Rotation ohnehin am Weiteramtieren gehinderten — Abgeordneten.

Die vier hier näher erläuterten Aspekte der »Parlamentarisierung« der Grünen belegen noch einmal meine Hauptthese:

Es ist nicht die Parlamentspolitik, es ist nicht eine Orientierungsänderung oder der Machtzuwachs der grünen Parlamentarier, es ist auch nicht ihr Karrierestreben — es ist vielmehr die Schwäche der durch den Aktivitätsrückgang der neuen sozialen Bewegungen in Funktions- und Machtlosigkeit geratenen grünen Parteiorganisation, die zur derzeitigen Krise der Grünen geführt hat. Nicht die Grünen in den Parlamenten, sondern die grüne Partei und die neuen sozialen Bewegungen haben an »Politikfähigkeit« verloren.

#### IV. Zu aktuellen Strategieentwürfen

In der derzeit anhaltenden innergrünen Kontroverse um Reformismus oder Systemopposition werden häufig historische Parallelen zur SPD-Entwicklung zwischen 1890 und 1914 gezogen (z.B. Munier 1985). In der Tat sind die Parallelen etwa zu Vollmars Eldorado-Reden, zu Bernsteins reformpolitischen Aktivismus, aber auch zum Attentismus des »Zentrums«, frappant. Indessen geben die Parallelen für den zentralen Punkt der Beziehung zur sozialen Basis nichts her: Die Systemoppositionellen bei den Grünen können sich nicht mit gleicher Berechtigung wie die von ihnen häufig zitierte Rosa Luxemburg auf die Erwartung einer wachsenden, zielgerichteten, strukturoppositionellen und sozial eindeutig bestimmten Bewegungsbasis berufen (so auch schon Bolaffi/Kallscheuer 1983; 91). Vielmehr wird die Erfahrung der zeitlichen, sozialen und inhaltlichen Diskontinuität der neuen sozialen Bewegungen und der Unfähigkeit der Grünen, daran etwas zu ändern, auf beiden Seiten nicht hinlänglich reflektiert. Die Reformpolitiker stellen im allgemeinen den »Bewegungs-« oder »Basismythos« in die Rumpelkammer, um sich — nach dem Modell der anderen Parteien — auf die Wählerbasis zu konzentrieren. Die Systemoppositionellen begnügen sich im allgemeinen — neben dem Nachweis, daß die SPD als Partner für eine grundlegende politische Neuorientierung nicht in Frage komme — mit dem Ausdruck der Hoffnung auf neue Aktivitätsschübe oder auf dezentrales, weniger sichtbares Weiterexistieren von Bewegungsimpulsen (Trampert 1985; 271), die Grünen selber erscheinen als durch Realpolitik in seiner Identität gefährdeter »Hoffnungsträger« (Ditfurth 1985; 252 ff.). Eine umfassendere Analyse von Bewegungs-Strukturen legt Wiesenthal seinem Plädoyer für eine reformistische Strategie zugrunde (Wiesenthal 1985; 1 ff.): Er kritisiert die Vorstellung eines linearen, kumulativen Fortschritts von Bewegungen und leitet aus der »Systemkomplexität« die These von einer dauerhaften Partikularität und Diskontinuität von Bewegungen ab. Politische Absichten, die Bewegungsenergien zu gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen bündeln, müßten an der »Verschiedenartigkeit der Lebenslagen« scheitern (S. 17). Grüne Politik habe sich vielmehr auf die »multiplen, aber partikulären Konflikte« einzustellen, indem sie, u.a. durch Einwirkung auf die staatliche Politik, die »Umstände« für neue Handlungsoptionen zu verbessern sucht (S. 20). Nur so könnte durch grüne Politik »Dynamik und Kontinuität« der sozialen Bewegungen gefördert werden (S. 37). Wiesenthals Position ist nicht ganz eindeutig: Einerseits spricht er den Bewegungen jede kumulative Potenz ab, andererseits hofft auch er auf deren »Fortschritte«. Indessen wird klar, daß seine Position allen Hoffnungen auf Verallgemeinerung der neuen sozialen Bewegungen zu *einem* strategischen Zentralkonflikt und allen Analogien zum Wachstum der klassischen Arbeiterbewegung diametral widerspricht. Hier bestehen Parallelen zur Analyse der neuen sozialen Bewegungen auf der Grundlage des Fordismus-Konzepts etwa von Hirsch/Roth (1980). Zugleich

aber wird die Möglichkeit von Lernprozessen der partikularen Bewegungsteile fast vollständig ausgeschlossen, dies auch unter Ignorierung solcher Prozesse der Verallgemeinerung und Verknüpfung, wie sie in der Anti-AKW-Bewegung, der Frauen- und der Friedensbewegung bekanntlich stattgefunden haben. Die Unmöglichkeit kollektiv-kumulativen Lernens schließt Prozesse der individuellen, in Kollektiven vollzogenen Kenntnis- und Bewußtseins-erweiterung nicht aus, die Unmöglichkeit der Vereinheitlichung nicht die Erweiterung von Kommunikation und Verständigung, die Unmöglichkeit avantgardistischer Anleitung nicht die Chance einer grünen Partei, den Bewegungen als Forum und Focus hilfreich zu sein. Grüne Politik muß sich nicht auf staatliche Absicherung und Erweiterung disparater und partikularer Handlungsmöglichkeiten für Einzelgruppen und -bewegungen konzentrieren.

Von den Wortführern der systemoppositionellen Seite werden die neuen sozialen Bewegungen häufig immer noch als Konstante vorausgesetzt, als festes Fundament für das »Standbein«. <sup>9</sup> Ebermann/Trampert behaupten gar, den Grünen sei »die politische Verzahnung einzelner gesellschaftlicher Oppositionsanliegen — gemessen an der kurzen Zeit ihrer Existenz — recht gut gelungen«, im übrigen würden die Grünen »geprägt von den sozialen Bewegungen, und sie prägen sie durch ihr Verhalten« (Ebermann/Trampert 1984; 273). Dies ist — und war schon 1984 — ein Trugbild einer heilen alternativen Welt. Ein wenig detaillierter wird Petra Kelly, wenn sie von den Grünen die Initiierung außerparlamentarischer Kampagnen, »den Aufbau einer grünen, selbstbestimmten Republik innerhalb dieser Gesellschaft« durch Unterstützung von Selbsthilfe- und Konversionsprojekten und ein Handeln »wie 'Greenpeace' als politische Partei« verlangt (Kelly 1985; 157). Auch hier eher trotziges Festhalten an bewährten Aktions-Maximen als Reflexion über Veränderungen in der eigenen Basis. Der Attentismus-Vorwurf, den die Reformisten ganz analog zu Bernstein gegen die systemoppositionellen Gruppen erheben, diesmal nicht bezogen auf den Zusammenbruch des Systems, sondern auf automatische Wirkung der Bewegungen, gewinnt angesichts solcher Haltungen an Gewicht.

(Das macht die Gegenstrategie parlamentarischer Reform- und Bündnispolitik nicht realistischer. Auch für sie gilt der Unterschied zur alten SPD, daß ihr die soziale Basis einer homogenen, gesellschaftlich ausgegrenzten und wachsenden Klasse fehlt, hier als Wählerstamm. Derzeit scheint es sogar so, daß die grün-alternativen Stammwähler in den »Szenen« der großen Dienstleistungs- und Bildungszentren eher zu systemoppositionelleren Richtungen tendieren, während der parlamentarische Öko-Reformismus auf eine sozial breit gestreute und von der SPD leichter wieder rückgewinnbare Wählerschaft setzen muß.)

Gleichwohl: Eine ernsthaft systemoppositionelle, die »Hoffnungsträger«-Funktion bewahrende grüne Strategie hätte nichts nötiger als eine nüchterne Analyse des Zustands der außerparlamentarischen Basis und der sich daraus ergebenden außerparlamentarischen Handlungsmöglichkeiten als Partei. Wenn die Hypothese zutrifft, daß die Bewegungsenergien sich derzeit weitgehend auf die »dritte Arena« der Auseinandersetzung um politische Kultur und kulturelle Hegemonie zurückgezogen haben, dann wäre nicht Attentismus, sondern eine Verstärkung der »Utopiefunktion« (Raschke 1983) und der alternativen Realitätsdeutung adäquat. Eine offene, von den Zwängen zu kurzfristiger Umsetzung freigehaltene Programmdiskussion der grünen Partei, offener als die gleichzeitig geführte der SPD, könnte Orientierung vermitteln.

Zugleich hätte die Partei sich gegenüber den bestehenden Bürger- und Basisinitiativen nicht auf eine »Sprachrohr«-Rolle zu beschränken, sondern jenseits aller »Führungs«-Ansprüche Kommunikation zu organisieren und Deutungs- und Zielsetzungsangebote für je konkrete Problemlagen zu entwickeln. Auch Vor-Wahl-Zeiten könnten sich dafür anbieten.

Innerparteilich droht der potentielle oder reale Machtvorsprung der Parlamentsfraktionen die Ansätze zu außerparlamentarischer Politik zu erdrücken, solange in der Parteiorganisation kein Gegengewicht entsteht. Das ist nicht nur eine Frage der statuarischen Vorstandskompetenzen oder der professionellen Ausstattung, sondern mehr noch eine Frage der Öffnung der Partei, einer bewußten Entwicklung zur Mitgliederpartei.

Dringender denn je ist die Forderung nach Eröffnung von innerparteilichen Mitwirkungschanzen, die nicht den Vollzeit-Partizipanten voraussetzen (Zeuner 1983; 112 f.). Weiterhin ist bemerkenswert, daß keine Gruppe in der grünen Partei eine Mitgliederwerbungskampagne vorzuschlagen wagt — dies auch als Kontinuitätsangebot an ehemals oder noch Aktive in sozialen Bewegungen. Ein solches Angebot dürfte nicht auf Vereinnahmung und Vereinheitlichung zielen; es setzt also die genannte Öffnung der Willensbildungsstrukturen für Teilzeit-Feierabend-Partizipanten ebenso voraus wie die Wahrung von Basisautonomie, Richtungspluralismus und Minderheitenschutz innerhalb der Partei.

Damit würde den nsB-Teilen immerhin etwas offeriert, was sie aus sich selbst heraus immer weniger produzieren: ein Ort der Verständigung über eigene Projekt- und Initiativgrenzen hinaus. Voraussetzung für die Möglichkeit der hier nur andeutungsweise skizzierten strategischen Perspektive wäre die Fähigkeit der Grünen, ihre programmatischen und praktischen Aktivitäten von wahl- und parlamentsinduzierten Zwängen und Themen in größerem Umfang freizuhalten, als die anderen Parteien aufgrund ihrer Einbindung in das politisch-administrative System einschließlich der Stimmenkonkurrenz es vermögen. Ansätze dazu sind durchaus noch vorhanden, aber sie drücken sich, wie gezeigt, derzeit überwiegend als Abwehr aus, und sie werden geschwächt durch die Tendenz der »Realo«-»Fundi«-Kontroverse, inhaltliche Differenzen auf parlamenstaktische Fragen oder auf die Frage der Einschätzung der SPD zu verengen.

Die »Partei neuen Typs«, die sich zwecks Verallgemeinerung der sozialen Bewegungen bilden und sich dem Mechanismus der Konkurrenzpartei entziehen sollte (Offe 1980; 41), sind die Grünen nicht geworden. Sie sind parlamentarisiert, nicht so sehr, weil ihre Parlamentarier sich verselbständigt hätten oder die Organisation beherrschen, sondern weil sie ihre Politikfindungsrhythmen und ihre Themenkonjunkturen sehr weitgehend von Zwängen der Parteienkonkurrenz und der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse haben bestimmen lassen.

## Anmerkungen

- 1 »Grüne« wird hier als Sammelbegriff für grüne und alternative Listen und Parteien verwendet.
- 2 Eine ausführliche Charakterisierung der neuen sozialen Bewegungen in der BRD findet sich bei Brand/Büsser/Rucht 1983, S. 35 ff. und 242 ff. Die hier hervorgehobenen Merkmale entsprechen weitgehend der Kurzdefinition bei Schmidt 1984, S. 580 ff.
- 3 Entgegen einer gern gepflegten Legende ist die wirtschafts- und sozialpolitische Programmdiskussion der Grünen oder anderer Vertreter neuer sozialer Bewegungen weder unterentwickelt noch weltfremd. Impulse z.B. zur Krise der Arbeitsgesellschaft, zur Arbeitszeitgesetzgebung, zum Mindesteinkommen und zur Frauenerwerbstätigkeit befruchten gewerkschaftliche und sozialdemokratische, selbst christdemokratische Programmdiskussionen. Was fehlt — vor allem den Grünen bei der Stimmenkonkurrenz mit SPD und CDU/CSU —, ist ein einheitliches Gesamtkonzept.
- 4 Von hier an fließen neben anderen Studien auch meine Erkenntnisse und Eindrücke aus dem Projekt »Alternativparteien« ein, in dem Lilian Klotzsch, Klaus Könemann, Jörg Wischermann und ich seit 1982 die Folgen grün-alternativer Parlamentsbeteiligung in Baden-Württemberg, Berlin und

Hamburg untersuchen. Näheres zur Anlage dieses Projekts bei Zeuner u.a. 1983. Allerdings kann dieser Aufsatz die für 1986 vorgesehene Präsentation der Gesamtergebnisse nicht vorwegnehmen. Schlussfolgerungen sind von mir, nicht von den anderen Projektmitgliedern, die teilweise zu anderen, auch gegensätzlichen, Ergebnissen und Schlüssen kommen, zu verantworten.

- 5 Eine unserem Projektziel verwandte Studie von E. Gene Frankland (Frankland 1985) beruht auf Befragungen von grünen Parlamentariern in Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und im Bundestag.
- 6 vgl. Fogt 1984, Frankland 1985 und — mit den in Anm. 4 genannten Einschränkungen — Resultate unseres Projekts.
- 7 Dies gilt mindestens für alle von Frankland untersuchten Parlamente und für Berlin.
- 8 Hier: Frankland 1985 und schriftliche Selbstzeugnisse von Akteuren.
- 9 Wolf-Dieter Narr hat schon 1982 auf den Unsinn der »Standbein«-Metapher hingewiesen: Wer den Bewegungs-Begriff ernst nimmt, kann in der Bewegung kein Fundament sehen, auf dem sich stehen, vielleicht gar fester Halt gewinnen läßt, Narr 1982, S. 264.

## Literatur

- Albrecht u.a. 1983: Ulrich Albrecht, Johan Galtung, Michael Gumbert, Reimar Stuckenbrock (Hg.): *Stationierung — und was dann? Friedensbewegung gegen Apokalypse*, Berlin
- Bock 1982: Thea Bock: »Mit diesem Staat ist keine Natur zu machen — Der Weg der Grün-Alternativen ins Hamburger Parlament« in: J.R. Mettke (Hg.): *Die Grünen. Regierungspartner von morgen?*, Reinbek bei Hamburg, S. 146-158
- Bolaffi/Kallscheuer 1983: Angelo Bolaffi, Otto Kallscheuer: »Die Grünen: Farbenlehre eines politischen Paradoxes. Zwischen neuen Bewegungen und Veränderung der Politik« in *Prokla* 51, S. 62 bis 105
- Brand/Büsser/Rucht 1983: Karl-Werner Brand, Detlef Büsser, Dieter Rucht: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/New York
- Bürklin 1984a: Wilhelm P. Bürklin: *Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem*, Opladen 1984
- Bürklin 1984b: Wilhelm P. Bürklin: »Ansatzpunkte einer sozialstrukturellen Verankerung der neuen sozialen Bewegungen« in: J.W. Falter u.a. (Hg.): *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen, S. 566-579
- Ditfurth 1985: Jutta Ditfurth: »Der radikale Weg verspricht Erfolg?« in: W. Bickerich (Hg.): *SPD und Grüne. Das neue Bündnis?*, Reinbek bei Hamburg, S. 250-264
- Ebermann/Trampert 1984: Thomas Ebermann, Rainer Trampert: *Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei*, Hamburg
- Esser/Hirsch 1984: Josef Esser, Joachim Hirsch: »Sind die 'Volksparteien' am Ende?« in: J.W. Falter u.a. (Hg.): *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen, S. 109-118
- Fogt 1984: Helmut Fogt: »Basisdemokratie oder Herrschaft der Aktivisten? Zum Politikverständnis der Grünen« in *PVS* 1/1984, S. 97-114
- Frankland 1985: E. Gene Frankland: »*The Greens: Parliamentary Challenges and Responses*«, Paper für den Kongreß der American Political Science Association, August/September
- Habermas 1981: Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2: *Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*, Frankfurt 1981
- Habermas 1985: Jürgen Habermas: *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt 1985
- Haug/Hauser 1984: Frigga Haug, Kornelia Hauser: »Geschlechterverhältnisse. Zur internationalen Diskussion um Marxismus-Feminismus« in: Projekt Sozialistischer Feminismus: *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik*, Argument-Sonderband AS 110, Berlin, S. 9-102
- Hirsch/Roth 1980: Joachim Hirsch, Roland Roth: »'Modell Deutschland' und neue soziale Bewegungen« in *PROKLA* 40, S. 14-39

- Hoplitschek 1982: Ernst Hoplitschek: »Partei, Avantgarde, Heimat — oder was? Die 'Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz' in Berlin« in: J.R. Mettke (Hg.): *Die Grünen. Regierungspartner von morgen?*, Reinbek bei Hamburg, S. 82-100
- Jänicke 1982: Martin Jänicke: »Parlamentarische Entwarnungseffekte? Zur Ortsbestimmung der Alternativbewegung« in: J.R. Mettke (Hg.): *Die Grünen. Regierungspartner von morgen?*, Reinbek bei Hamburg, S. 69-81
- Kelly 1985: Petra Kelly: »Keine sozialdemokratischen Inhalte mit grünem Anstrich« in: W. Bickerich (Hg.): *SPD und Grüne. Das neue Bündnis?*, Reinbek bei Hamburg, S. 145-158
- Kempf 1984: Ursula Kempf: »Frauenpolitik — ein Literaturbericht« in: Projekt Sozialistischer Feminismus: *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik*, Argument-Sonderband AS 110, Berlin, S. 203 bis 213
- Müller-Rommel/Watts 1984: Ferdinand Müller-Rommel, Nicholas Watts: »Zur elektoralen Verankerung der Anhänger neuer sozialer Bewegungen« in: J.W. Falter u.a. (Hg.): *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen, S. 602-608
- Munier 1985: Gerald Munier: »Mißtrauen vor realpolitischen Machtphantasien — Plädoyer für eine radikale Systemopposition« in: G. Falkenberg u.a. (Hg.): *Eingriffe ins Diesseits. Beiträge zu einer grünen Realpolitik*, Essen, S. 107-119
- Narr 1982: Wolf-Dieter Narr: »Andere Partei oder neue Form der Politik?« in: J.R. Mettke (Hg.): *Die Grünen. Regierungspartner von morgen?*, Reinbek bei Hamburg, S. 242-271
- Offe 1980: Claus Offe: »Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität« in: R. Roth (Hg.): *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt/New York, S. 26-42
- Rammstedt 1977: Othein Rammstedt: »Soziale Bewegung — Modell und Forschungsperspektiven« in: H. Matthöfer (Hg.): *Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen*, Villingen, S. 447-472
- Raschke 1983: Joachim Raschke: »Jenseits der Volkspartei« in: *Das Argument* 137, S. 54-65
- Roth 1980: Roland Roth (Hg.): *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt/New York
- Schmidt 1984: Manfred G. Schmidt: »Der Beitrag der 'etablierten Politik' zur Entstehung der neuen sozialen Bewegungen« in: J.W. Falter u.a. (Hg.): *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen, S. 580-588
- Stöss 1984: Richard Stöss: »Vom Mythos der 'neuen sozialen Bewegungen'« in: J.W. Falter u.a. (Hg.): *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen, S. 548-559
- Trampert 1985: Rainer Trampert: »In grundsätzlicher Opposition zum System« in: W. Bickerich (Hg.): *SPD und Grüne. Das neue Bündnis?*, Reinbek bei Hamburg, S. 265-274
- Wiesenthal 1985: Helmut Wiesenthal: »GRÜN-RATIONAL. Hintergrundüberlegungen zu einer zeitgemäßen Strategie« in: G. Falkenberg u.a. (Hg.): *Eingriffe ins Diesseits. Beiträge zu einer grünen Realpolitik*, Essen, S. 1-41
- Zeuner 1977: Bodo Zeuner: »'Solidarität' mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften« in *PROKLA* 26, S. 3-32
- Zeuner u.a. 1983: Bodo Zeuner, Lilian Klotzsch, Klaus Könemann, Jörg Wischermann: »Alternative in Parlamenten — Neue soziale Bewegungen und parlamentarische Repräsentation« in: H.H. Hartwich (Hg.): *Gesellschaftliche Probleme als Folge und Anstoß von Politik*, Opladen, S. 225-237
- Zeuner 1983: Bodo Zeuner: »Aktuelle Anmerkungen zum Postulat der 'Basisdemokratie' bei den Grünen/Alternativen« in *PROKLA* 51, S. 106-117
- Zoll 1984: Rainer Zoll (Hg.): »Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!«, *Zweiter Bericht: Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise*, Köln